Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 256. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch, den 2. November 1927

Erziehung zum Staat.

Je mehr man sich dem Wahlkampf nähert, desto eifriger bemühen sich Parteien und Parteiführer, dasjenige zu finden, was man im politischen Leben eine Wahlparole nennt. Man ist jetzt noch reichlich in Verlegenheit; denn man weiß aus langjähriger Erfahrung, daß gerade im deutschen Volk die Wahlmüdigkeit eine weitverbreitete Krankheit ist, die nur durch eine recht schlagkräftige Wahlparole, nur bei einer besonderen Gelegenheit überwunden werden kann. Die Tatsache, daß solche Wahlmüdigkeit vorhanden ist, ist an sich beklagenswert, mögen für sie auch noch so viel berechtigte oder unberechtigte Gründe eine ziemlich fadenscheinige Erklärung abgeben. Denn in einem Staat, der sich selbst regiert, regiert auch das Volk und es muß die Formen nutzen, die es selbst sich gab und in denen es regiert. Die Wahrnehmung des Wahlrechts ist der Ausdruck dafür, daß die Erziehung zum Staat wenigstens den ersten Schritt getan hat, und es stand darum jenseits jeder parteipolitischen Einschränkung, berührte die Schmerzen und Wünsche einer jeden Partei, wenn Reichskanzler Dr. Marx in einer Rede in M.-Gladbach einmal das Problem der Erziehung zum Staat zum Gegenstand seiner Ausführungen wählte.

Erziehung zum Staat ist nicht etwa zu verwechseln mit der Übermittlung staatsbürgerlicher, verfassungsrechtlicher, historischer, politischer Kenntnisse, sondern ist vor allem Willenserziehung, ist Erregung des Verantwortlichkeitsbewußtseins als Staatsbürger bis zur praktischen Betätigung dieses Bewußtseins. Voraussetzung für diese staatsbürgerliche Erziehung ist, wie Marx sagte, die „Vermittlung und Vertiefung unanfechtbarer Erkenntnis über die realen Staatsnotwendigkeiten". Die Ansichten über das, was für den Staat notwendig ist, werden allerdings immer auseinandergehen wie die Meinungen darüber, ob die vermittelte Erkenntnis anfechtbar oder unanfechtbar ist. Aber schließlich ist jedes Menschenwissen ein Stückwerk, nur muß der Wille vorhanden sein, es auszubauen und die Verantwortung dafür praktisch zu übernehmen, so gut oder so schlecht die Erkenntnis sein mag.

Es gibt in Deutschland noch kleine Kreise, die das Wesen des Staates von heute bekämpfen — der Kampf geht immer noch um die Staatsform. Wenn bei diesem Kampf der zweite Wunsch, den Dr. Marx zum Ausdruck brachte und der zugleich auch der zweite Schritt auf dem Wege der Erziehung zum Staate ist, nämlich die Milderung der politischen Kampfsitten, die Erziehung zur Achtung vor der gegnerischen Überzeugung als Grundlage des Kampfes erreicht werden würde, so leitet das schon zu dem letzten Ziel hinüber, das die eigentliche Aufgabe jener Erziehung zum Staat ist: es ist der Wille zur Erhaltung des nationalen Staates in seiner Einigkeit und Geschlossenheit als jener Lebensform, die sich das deutsche Volk in jahrhundertelangem Kampfe errungen und gerade in letzter Zeit nur mühsam erhalten hat. Des Deutschen größter Fehler ist, daß nur allzuoft bei ihm diese bei anderen Völkern selbstverständliche Erkenntnis nur sehr mangelhaft entwickelt ist und ebensooft die Wahrung dringendster nationaler Lebensnotwendigkeiten viel zu engen parteipolitischen Interessen geopfert wird. Aber der Staat, die Nation — sie ist doch das Ganze, die Partei aber nur ein Teil des Volkes! Selbstbestimmung und Selbstverantwortung — darin muß man dem Reichskanzler unbedingt zustimmen — kann aber nur auf dem Boden dieser Erkenntnis entstehen.

Nicht immer werden in Wahlzeiten aber die letzten und höchsten Schicksalsfragen einer Nation entschieden und man mag vielleicht der Meinung sein, daß es sich öfter dabei um sehr eigennützige Probleme einzelner Klassen, Stände oder Parteien handelt. Unendlich schwierig ist es dann, gegeneinander abzuwägen, was dem Sonderinteresse zu gewähren ist, ohne gegen das Allgemeininteresse zu verstoßen. Solch ein Urteil — mag es richtig werden oder falsch bleiben — hat aber auch seinerseits wieder als Voraussetzung den Willen, unbedingt das Wohl des Ganzen über das Sonderinteresse von Partei, Stand oder Klasse zu erheben. Selbst daran fehlt es immer und immer wieder, wenn es sich selbst nur darum handelt, durch Stimmabgabe ein solches Urteil zu fällen.

Erziehung zum Staat ist also Erweckung des Gefühls der Verantwortung, die der Staatsbürger dem Ganzen gegenüber nicht bloß dunkel zu empfinden, sondern klar zu entwickeln, vor allem aber praktisch zu betätigen hat. So manches Mal ist schon empfohlen worden, an die Stelle des Wahlrechts die Wahlpflicht zu setzen, — aber das wäre keine Erziehung zum Staat, sondern nur ein Beweis dafür, daß ein Volk nicht oder nicht mehr bereit oder fähig ist, seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen.

Ideal der Volksgemeinschaft.

In seiner Rede in M.-Gladbach, in der er sich mit staatspolitischen Fragen beschäftigte, gab Dr. Marx seiner Meinung dahin Ausdruck, daß politischer Kampf sein müsse, aber er müsse auf der Achtung vor der gegnerischen Überzeugung gegründet sein. Mit wärmster Zuversicht sprach Reichskanzler Dr. Marx die Erwartung aus, daß das deutsche Volk, das in den letzten Jahren so außerordentlich Großes für seinen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Neubau geleistet habe, auch diese zum Ideal der Volksgemeinschaft führende innere Erneuerung, eine wahrhaft staatsbürgerliche Einstellung sich erkämpfen werde. Und vor allem müsse die Jugend, auf der Deutschlands Zukunftshoffnungen ruhen, dieses hohe Ziel des einigen Nationalstaates, der sich auf gegenseitiger Achtung der Volksbürger und auf der einmütigen klaren Erkenntnis der staatspolitischen Notwendigkeiten aufbaue, mit allen Kräften zu erreichen suchen.

Vor wichtigen Beschlüssen

Reichskabinett und Reparationsfrage

Schaffung eines Reparationskommissariats

Das Reichskabinett wird in den nächsten Tagen wieder zu einer Sitzung zusammentreten, nachdem Reichskanzler Dr. Marx von seiner Rheinlandreise und Reichsaußenminister Dr. Stresemann aus Dresden wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen sein werden. Neben laufenden Angelegenheiten wird sich das Reichskabinett mit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigen, die schon vor längerer Zeit abgebrochen worden sind, da in der Frage des sogenannten Niederlassungsrechtes der Deutschen in Polen und der Einfuhr polnischer Erzeugnisse nach Deutschland, insbesondere von Schweinen und Kohlen, damals keine Einigung erzielt werden konnte. Wie es heißt, soll in der Frage des Niederlassungsrechts bereits eine Annäherung zwischen der deutschen und der polnischen Auffassung zu verzeichnen sein und auch der Kohlenexport soll keinen Schwierigkeiten mehr unterliegen, da Polen für seinen Kohlenüberfluß inzwischen ein Absatzgebiet in der Tschechoslowakei gefunden hat, während die Höhe der Schweineausfuhr nach Deutschland noch immer stark umstritten ist.

Die wichtigste Entscheidung, die das Reichskabinett in den nächsten Tagen zu treffen haben wird, wird seine Antwort auf die Denkschrift des Reparationsagenten Parker Gilbert sein. Diese Antwort soll jetzt erteilt werden, nachdem die mündlichen Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsaußenminister und dem Reparationsagenten über die letzten Ausstellungen Parker Gilberts zum Ausgabenetat des Reiches beendet worden sind. Als ein Ergebnis der letzten Verhandlungen zwischen den Reichsstellen und dem Reparationsagenten scheint die Schaffung der Stelle eines besonderen Reichskommissariats für Reparationen herauszuspringen. Dieser Reparationskommissar soll vor allem die Aufgabe haben, den Verkehr mit dem Reparationsagenten zu besorgen und eine enge Fühlungnahme zwischen den drei hauptsächlich an der Reparationsfrage beteiligten Reichsministerien, also dem Reichsfinanzministerium, dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium, herzustellen.

Für den Posten des Reparationskommissars wird bereits ein ernsthafter Kandidat genannt. Es handelt sich um den früheren Staatssekretär Bergmann, der sich während seiner Tätigkeit in Paris und in Berlin mit Reparationsfragen befaßt hat. Dr. Bergmann würde dann wieder in den aktiven Reichsdienst zurückkehren.

Deutschlands Botschafter in Washington.

Die meisten Aussichten, der Nachfolger des verunglückten Botschafters von Maltzan in Washington zu werden, hat gegenwärtig Botschaftsrat von Prittwitz und Gaffron, der jetzt der deutschen Botschaft in Rom angehört.

Dr. jur. Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron wurde am 1. September 1884 als ältester Sohn des Obersten Max von Prittwitz und Gaffron in Stuttgart geboren. Nach vollendetem rechtswissenschaftlichen Studium wandte er sich

der diplomatischen Laufbahn zu, kam vor dem Kriege zu den Botschaften in Washington und Petersburg und war in der letzten Zeit im Kriege in der Reichskanzlei tätig. 1920 kam er als Konsul nach Triest und 1921 als Botschaftsrat zur deutschen Botschaft in Rom. Er vermählte sich 1920 mit Marie Luise Gräfin Strachwitz, einer Tochter des am September 1914 an den Folgen einer Verwundung verstorbenen Rittmeisters d. L. Grafen Adalbert Strachwitz von Groß-Zauche und Camminetz. Innenpolitisch steht Herr von Prittwitz auf dem linken Flügel der Mittelparteien.

Wirtschaftslage und übertriebener Luxus.

Rede Dr. Stresemanns in Dresden.

Am Reformationstage sprach Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Dresden bei einem Festessen der Dresdener Kaufmannschaft und berührte dabei den auffälligen Gegensatz zwischen den Klagen über die Wirtschaftslage Deutschlands und die üppige Lebensführung mancher Schichten. Dr. Stresemann sagte u. a.:

Wenn auch die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren eine günstigere geworden ist und wenn wir heute auf einen Tiefstand der Erwerbslosenziffern zurückblicken können, wie er in Vorkriegszeiten nicht erreicht wurde, so darf doch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Entwicklung erhebliche Gefahren in sich birgt, weniger Gefahren für die Gegenwart als

Gefahren für die Zukunft.

Nur die Milliarden, die hundertprozentig für produktive Zwecke Verwendung finden, sind eine gerechtfertigte Kapitalaufnahme, während nicht produktive Auslandsanleihen eine schwere Belastung für uns bedeuten.

Das Übermaß an Festen,

an Bauten usw. entspreche nicht unserer tatsächlichen Lage und erwecke im Auslande den falschen Eindruck, als wenn das deutsche Volk, das den Krieg verloren habe, sich Dinge leisten könne, die den „Siegerstaaten" verwehrt sind. Dies sei eine große wirtschaftliche und politische Gefahr für uns. Dr. Stresemann wies darauf hin, wie groß der Unterschied zwischen dem Sein des deutschen Volkes, das durch angestrengte Arbeit gekennzeichnet sei, und dem Schein der Sorglosigkeit und des Lebensgenusses sei, der sich leider in Deutschland mehr und mehr zeige. Dr. Stresemann wies im weiteren Verlauf seiner Darlegungen auf die Notwendigkeit der von der Reichsregierung erstrebten

Verwaltungsreform

hin. Ein Volk könne nicht den größten Krieg der Weltgeschichte verlieren und sich dann ein Durcheinander und Nebeneinander von Behörden leisten, wie es in Deutschland der Fall sei. Der Redner zitierte die Mahnung eines Lokomotivführers am List-Denkmal in Leipzig, in welcher der Wunsch ausgesprochen sei, daß der Deutschen Reichsbahn bald auch die Vereinheitlichung des Reiches folgen möge. Wir können und wollen kein Land zwingen, seine Selbständigkeit aufzugeben, aber wer den Weg zum Reiche finden will, dem darf er nicht verwehrt werden. Wir brauchen die Vereinheitlichung der Verwaltung aus den verschiedensten Gründen, nicht zuletzt, um uns unsere wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten.

Rußland bei den Abrüstungsberatungen.

Anmeldung der Vertreter.

Bei dem Generalsekretär des Völkerbundes ist von dem russischen Volkskommissar für das Äußere, Tschitscherin, folgende Anmeldung eingelaufen:

Nach Empfang der Note des Völkerbundrates vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingeladen wurde, sich in der Vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten zu lassen, und nach der in dieser Sache gewechselten Korrespondenz war es der Union der SSR. nicht möglich, an der Arbeit der Vorbereitenden Kommission teilzunehmen, weil diese auf schweizerischem Boden einberufen worden war. Da der Zwischenfall zwischen der Union der SSR. und der Schweiz durch das Protokoll vom 14. April gelöst ist, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Union der SSR. bereit ist, an der Vorbereitenden Abrüstungskommission teilzunehmen, und Sie bitte, ihr gefälligst den Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft der Vorbereitenden Kommission sowie deren Tagungsort bekanntzugeben.

Diese Änderung im Standpunkt der Sowjetregierung zu den Abrüstungsfragen hat in den politischen Mittelpunkten aller europäischen Staaten große Aufmerksamkeit gefunden, obwohl man darauf vorbereitet war. Rußland hat bereits vorher eine Kommission zur Weltwirtschaftskonferenz nach Genf geschickt und meldet sich selber zu den

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF